

willigen Schuldenschnitts von 50 Prozent für private Anleihegläubiger beschlossen. Diese Beschlüsse sollen bis Anfang 2012 umgesetzt werden.

34. Abgeordnete
Sahra Wagenknecht
(DIE LINKE.)
- Ist die Aussage des Geschäftsführers des Internationalen Bankenverbands (The Institute of International Finance, Inc. – IIF) Charles Dallara (Zitat aus dem Interview in der WELT am SONNTAG vom 30. Oktober 2011: „Aber die staatlichen Garantien, die im Gespräch waren, reichten uns nicht, um einem 50-Prozent-Abschlag zustimmen zu können. Daraufhin schaltete sich Angela Merkel ein und erhöhte die Garantien von 20 auf 30 Milliarden Euro. Das gab den Ausschlag.“) zu den nächtlichen Verhandlungen zwischen den Regierungschefs und dem Internationalen Bankenverband auf dem Eurozonengipfel vom 26. Oktober 2011 zutreffend?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter vom 21. November 2011

Auf dem Eurozonengipfel am 26. Oktober 2011 haben sich die Staats- und Regierungschefs mit dem IIF auf ein Gesamtpaket verständigt, das einen Beitrag der öffentlichen Geber von bis zu 30 Mrd. Euro für die Privatsektorbeteiligung beinhaltet. Ein formelles Angebot hat es darüber hinaus nicht gegeben.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

35. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass von den im Juni 2011 von Indien bestellten MP5-Maschinenpistolen möglicherweise nicht alle für das indische Innenministerium bzw. dessen untergeordnete Behörden vorgesehen sind (SPIEGEL ONLINE, 13. November 2011), und hat die Bundesregierung diesbezüglich die indische Regierung kontaktiert?

Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann vom 22. November 2011

Bei dem in der Fragestellung angesprochenen Vorgang handelt es sich um ein laufendes Antragsverfahren. Hierzu nimmt die Bundesregierung grundsätzlich nicht Stellung.

Allgemein gilt, dass die Bundesregierung dem gesicherten Endverbleib einen sehr hohen Stellenwert beimisst, weshalb bei allen Entscheidungen über Anträge auf Ausführungsgenehmigung die Glaubwürdigkeit der im Rahmen der Anträge vorgelegten Endverbleibserklärungen eingehend geprüft wird.

36. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.)
- Welche Bundesminister, Staatssekretärinnen/Staatssekretäre und Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) haben in den letzten fünf Jahren Kontakt mit Inhabern, Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern oder sonstigen Geschäftsträgern der Firma Heckler & Koch gehabt (Angaben bitte mit Datum, Ort und Grund)?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann
vom 22. November 2011**

Offizielle Kontakte des in der Fragestellung genannten Personenkreises in Form von Firmenbesuchen bei Heckler & Koch, Gesprächsterminen dieser Firma im BMWi oder Teilnahme von Unternehmensvertretern an offiziellen Auslandsreisen des BMWi sind aus den letzten fünf Jahren nicht aktenkundig. Ob und inwiefern es zu zufälligen Kontakten – etwa im Rahmen von Messebesuchen oder allgemein zugänglichen Veranstaltungen des BMWi – gekommen ist, lässt sich nicht feststellen, da hierüber keine gesonderten Vermerke angefertigt werden.

37. Abgeordneter
Wolfgang Gunkel
(SPD)
- Sind seitens der Bundesregierung Maßnahmen geplant, um den infolge stetig steigender Rohstoffpreise wirtschaftlich existentiell bedrohten mittelständischen Wurst- und Fleischwarenherstellern zu helfen, damit diese mittelständischen Unternehmen die steigenden Rohstoffpreise kompensieren können, was nach Angaben der Fleischwarenhersteller allein durch Preiserhöhung der Endprodukte nicht möglich ist?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Bernhard Heitzer
vom 24. November 2011**

Seitens der Bundesregierung sind keine entsprechenden Maßnahmen geplant. Wie für andere Branchen der Lebensmittelwirtschaft zählen steigende, vor allem aber schwankende Rohstoffpreise zu den Faktoren, die das Geschäftsergebnis maßgeblich bestimmen können. Instrumente zur Absicherung gegen Rohstoffpreisschwankungen, z. B. an den Börsen gehandelte Terminkontrakte, können auch von den Fleischwarenherstellern genutzt werden. Häufig ist der „Rohstoff“ allerdings nur zu einem geringeren Teil an den Kosten der gesamten